

Entwurf zur Haushaltsrede der FDP-Fraktion im Kreistag
(Stand 24.01.2011)

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Schnaudigel, sehr geehrte Damen und Herren!

Soziale Gerechtigkeit ist nicht nur eine Angelegenheit im jetzt, sondern auch eine Angelegenheit zwischen den Generationen.

Deshalb wurde und wird die Doppik in deutschen öffentlichen Haushalten eingeführt. Die Doppik verbessert Transparenz und Kontrolle des Ressourcenverbrauches in den öffentlichen Haushalten.

Die Abbildung des Ressourcenverbrauches war in der Kameralistik ***nicht periodengenau*** darstellbar. So wurde mit der Doppik die Einführung von Abschreibungen für z.B. Gebäude und Infrastruktur und Rückstellungen für zukünftige Ausgaben, die in der Gegenwart verursacht wurden, vorgenommen.

Bei einer Analyse der Finanzsituation und des Haushaltes des Landkreises stellen wir fest, dass der Ressourcenverbrauch zu hoch ist. Der Landkreis hat ein negatives Gesamtergebnis von über 14 Mio. Euro bei einer Kreisumlage von 27,5 %.

Der Landkreis verzichtet in 2011 darüber hinaus auf die Erwirtschaftung der Abschreibung.

Um seine Aufgaben zu erfüllen und die beschlossenen Investitionen durchzuführen, muss der Landkreis bei einer Umlage von 27,5% ca. 26 Mio. Euro an Krediten aufnehmen.

Sehr bedenklich ist, dass der Landkreis keinen Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit (cash flow) erwirtschaftet. Für das laufende Haushaltsjahr fehlen dem Landkreis liquide Mittel in Höhe von ca. 9,8 Mio. € (zur Bestreitung der konsumtiven Auszahlungen 6,2 Mio. € und für die Schuldentilgung 3,6 Mio. €). Diese fehlende Liquidität darf nicht durch neue Kredite finanziert werden.

Ersatzdeckungsmittel stehen dem Landkreis – im Gegensatz zu den meisten Kommunen – nur in unwesentlicher Höhe zur Verfügung. Die Flucht in den Kassenkredit ist keine Lösung und in BW auch nicht zulässig.

Voraussetzung für die Zustimmung der FDP zur Haushaltssatzung ist eine Kreisumlage von mindestens 28%.

Die mittelfristige Planung des Landkreises geht von einer deutlichen Anhebung der Kreisumlage auf bis zu 32% aus, die aus unserer Sicht wohl kaum von den Gemeinden gestemmt werden kann.

Wir sind der Meinung, dass die Kommunen mittelfristig für einen Ausgleich des Haushaltes sorgen müssen und dass der Landkreis auch seine Personalstrukturen diesen Rahmenbedingungen anpassen muss. Wir können der nächsten Generation nicht noch mehr Lasten aufbürden.

Aus diesem Grund sieht die FDP die Notwendigkeit, dass für den Landkreis in 2011 ein Haushaltsstrukturkonzept erarbeitet wird.

Wir sehen die Notwendigkeit, dass den Mandatsträgern möglichst schnell Produktkennzahlen und sei es zunächst nur für von uns zu definierende Schlüsselprodukte vorgelegt werden. Hierzu ist ein entsprechendes Kennzahlensystem für den Landkreis einzuführen und diese Kennzahlen müssen dann im Rahmen einer Leistungsvergleichsanalyse mit anderen Landkreisen gesetzt werden. In 2012 erwartet die FDP das entsprechende Informationsmaterial für die Haushaltsberatungen.

Der Landkreis hat so die Standards zur Erfüllung seiner Pflichtaufgaben und die Effizienz der Bearbeitung zu überprüfen. Als Pflichtaufgaben des Landkreises sehen wir z.B.:

- Berufsschulen
- Sicherheit
- Soziales

Die FDP erwartet aufgrund der umfangreichen Investitionen im Rahmen des Konjunkturprogrammes eine deutliche Reduzierung des Energieverbrauches. Die Effizienzsteigerung der letzten 10 Jahre war mit jährlich um die 1% zwar erkennbar aber auf keinen Fall beeindruckend.

Die FDP sieht Energieverbrauchsreduzierungen von jährlich mindestens 3% als angemessen an.

Eine mehrmonatige Verschiebung des Sporthallenbaues für das Schloss Stutensee macht aus verschiedenen Gründen, wie z.B. einer notwendigen Überplanung Sinn und erhöht die Effizienz der Investition. Wichtig ist insbesondere die Folgekostenbetrachtung die die FDP vor der endgültigen Investitionsentscheidung erwartet.

Für weitere Aufgaben, die der Landkreis erbringt, braucht der Landkreis **weitere Finanzmittel**. Diese Aufgaben sind z.B.:

- Abfallentsorgung
- die klinische Grundversorgung
- Sonderaufgaben (wie Schulsozialarbeit)
- und der ÖPNV

Die Abfallentsorgung ist ergebnisneutral und periodengenau durch die Gebühren geregelt. Dadurch, dass der Bürger über die Gebühr zeitnah erfährt, wie der Ressourcenverbrauch ist, wird dort sehr erfolgreich gearbeitet.

Wir als FDP sehen jedoch die Notwendigkeit das Thema Rückstellungen hinsichtlich deren Abdeckung durch die Gebühren erneut zu prüfen.

Die klinische Grundversorgung wurde mit der Einführung der Holding umfassend reorganisiert. Dies zeichnet sich als erfolgreich ab, da die Verluste reduziert werden konnten.

Bei den Kliniken besteht noch Handlungsbedarf und wie bei dem von der FDP kritisierten und dann nicht vorgenommenen Bau des Ärztehauses in Bruchsal müssen alle Investitionen genau auf ihre Notwendigkeit geprüft werden. Hier scheint uns noch die eine oder andere Investitionsentscheidung zu unkritisch gefällt worden zu sein.

Die FDP fordert die Definition von strategischen Zielen für die Kliniken. Wichtig für die FDP sind Investitionen in Qualität der Behandlung und in die stetige Verbesserung der Hygiene.

Die in die Diskussion gebrachte durchgängige Belegung in nur 2 Bettzimmern, scheint uns dagegen - angesichts der zu geringen Kostenerstattungen hierfür - als nicht zielführend.

Als Beispiel für ein notwendiges Umdenken bei freiwilligen Sonderaufgaben möchten wir als Beispiel die Sozialarbeit an den Schulen anführen. Es entstand angeregt durch das Land hier eine freiwillige und sicher notwendige Arbeit, die aber eindeutig besser vor Ort, d.h. durch die Kommunen zu bewerten und zu steuern ist.

Diese Aufgaben gehören aus Sicht der FDP in der finanziellen Abwicklung - dort wo sie selbst Träger sind - zurück an die Kommunen.

Dies weil kein Verbundvorteil erkennbar ist und die Umlage auch nicht deren Kosten deckt.

Aus der Neukonzeption der Kreismedienzentren erwarten wir eine Effizienzverbesserung und unterstützen dieses Vorhaben.

Die Fragestellung zur Trägerschaft und zur Finanzierung von Steinabad muss einer Lösung zugeführt werden. Wir können hier im Freiwilligkeitsbereich nicht weiterhin hohe Zuschüsse rechtfertigen.

Hier erwartet die FDP in 2011 die gezielte Fortführung der Aktivitäten der Landkreisverwaltung zur Veräußerung der Immobilie.

Die Kommunen fordern bei allen haushaltsrelevanten gesetzliche Regelungen, wer bestellt, soll bezahlen.

Die Kommunen delegieren Aufgaben, wie z.B. den ÖPNV an den Landkreis, ohne für ausreichende Deckung des Ressourcenverbrauches zu sorgen.

Ein Teil der Verschuldung von 100 Mio. Euro lässt sich aus dieser Verpflichtung des Landkreises für diese Aufgabe und deren mangelnder Finanzierung begründen.

Aus Sicht der FDP dürfen nur noch Infrastrukturprojekte angegangen werden, die für die Entwicklung des Kreises unentbehrlich sind. Man will den Komfort im ÖPNV verbessern, damit mehr Personen auf den ÖPNV umsteigen. Dies ist ein **Luxusproblem**, das, wie es im Verwaltungsausschuss gesagt wurde, nicht zur weiteren Kostensteigerungen für den Landkreis führen darf.

Die FDP fordert auf entbehrliche ÖPNV-Projekte, die nur auf eine Komfortverbesserung zielen auf absehbare Zeit - d.h. bis wir langfristig und anhaltend den Ressourcenverbrauch decken - zu verzichten.

Die FDP führt als konkretes Beispiel das S2 Projekt im nördlichen Landkreis an. Wir als FDP sind für den ÖPNV, aber dort wo er unentbehrlich ist, das heißt nur dort, wo es nicht bereits einen erfolgreichen straßengebundenen ÖPNV gibt.

Die FDP hat der Landkreisverwaltung einen umfangreichen Fragekatalog zur Finanzierung des ÖPNV übergeben.

Die FDP fordert die Überprüfung und Analyse der finanziellen Verpflichtungen und eine umfassende Überprüfung der finanztechnischen Auswirkungen für alle beteiligten Organisationen und Träger, insbesondere für den schienengebundenen ÖPNV.

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Schnaudigel Sie haben ein schönes Bild bzw. Motto in Ihrer Haushaltsrede gebraucht:

„Wenn einem das Wasser bis zum Hals steht, dann darf man den Kopf nicht hängen lassen.“

Und ich will diese Aussage vervollständigen:

„Man muss den Kopf heben, um das Land zu sehen, zu dem man dann auch hin schwimmen muss, denn nur so kann man sich dann auch retten.“

Wir haben aufgrund unserer Mandate das Recht zu entscheiden, aber wir haben auch die Pflicht einer generationsgerechten Haushaltsführung.

Der Landkreis Karlsruhe muss sich auf seine Pflichtaufgaben konzentrieren und freiwillige Leistungen und Projekte zurückstellen. Investitionen in Schulen, Bildung und in ärztliche Nahversorgung ja!

Wir können keine Millionen in die Komfortverbesserung von ÖPNV, d.h. den Wechsel von Bussen auf die Schiene investieren, solange wir unsere Pflichtaufgaben mit den Ressourcen der nächsten Generation finanzieren.

Wenn abzusehen ist, dass das Haushaltsdefizit in 2012 bei der aktuellen Umlage wiederum ca. 16 Mio. Euro betragen wird, dann wäre der Kompromiss mit einer Umlage von 27,5% für 2011 ein politischer Pyrrhussieg, denn damit haben wir das Problem nur vertagt.

Die FDP wird der Haushaltssatzung nur zustimmen, wenn eine Kreisumlage von mindestens 28% vereinbart wird.

Wie hat es der Theologe, Philosoph und Wirtschaftsexperte Hans Küng in seinem Buch *Anständig wirtschaften* formuliert:

„Um eine weitere Zerrüttung der Staatsfinanzen zu verhindern, darf man den Sozialstaat nicht abbauen, wohl aber muss man ihn umbauen.

*Sich selber zu beschränken, auf etwas mehr oder weniger freiwillig zu verzichten, Solidarität zu üben, dies alles ist eine **eminent ethische Frage.**“*

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Armin Rupalla für die FDP-Fraktion im Kreistag des Landkreises Karlsruhe.